

Geschäft mit vergessenen Geldern

In der Romandie häufen sich Fälle mit dubiosen Finanzberatern, die mit verlorenen Vorsorgekonten Profit machen wollen. Nun will der Bund das Treiben mit neuen Vorschriften für die Pensionskassen stoppen. Von Gina Bachmann

Von Anfang an misstraut Irina Blum dem Mann am Telefon. Er gibt sich als Mitarbeiter des Sicherheitsfonds der beruflichen Vorsorge aus, einer offiziellen Stelle des Bundes. Blum verfüge über mehrere vergessene Konten der zweiten Säule, die zusammengeführt werden müssten. Blum bezweifelt das und hängt auf.

Doch der Mann ruft wieder an und blaft Blum an, was sie sich erlaube, aufzuhängen. Er sei schliesslich von den Behörden. Man müsse rasch handeln, weil eine Frist ablaufe und die Guthaben danach verloren seien. Blum erschrickt und hört nun doch zu. Ob sie schon öfters den Job gewechselt habe, fragt der Mann. Ja, sagt Blum. Und sie sei doch kürzlich arbeitslos gewesen? Auch das kann Blum bejahen und denkt, der Mann muss tatsächlich von den Behörden sein, so gut, wie er informiert ist.

Doch der Mann ist ein Betrüger. Er macht sich zunutze, dass viele Leute keinen Überblick über ihre Pensionskassengelder haben. Denn wer eine Weile keine feste Anstellung hat, sollte die bisher angesparten Guthaben während dieser Zeit auf einem Freizügigkeitskonto bei einer Bank oder Versicherung zwischenlagern. Manche versäumen das oder vergessen ihre Konten. In der Schweiz gibt es deshalb über 6 Milliarden Franken an vergessenen Pensionskassenguthaben.

Irina Blum hat Glück. Als der Mann sagt, dass er zu ihr nach Hause kommen will, um die Sache «schnell anzuschauen», wird ihr unwohl. Sie hängt erneut auf. Die folgenden zwei Wochen erhält sie täglich Telefonanrufe von unbekannten Nummern, bis sie diese blockiert.

Irina Blum heisst eigentlich anders. Sie hat den Vorfall dem echten Sicherheitsfonds der zweiten Säule gemeldet. Dessen Geschäftsführerin Cinzia Corchia sagt, Beschwerden über dubiose Anrufe hätten seit einiger Zeit stark zugenommen, vor allem aus der Romandie. «Meist geht es dabei um Betrugsvorwürfe oder aggressives Telefonmarketing.» Der Sicherheitsfonds hat daher erwogen, Anzeige gegen Unbekannt einzureichen.

Es geht um ein emotionales Thema: die Angst, im Alter zu wenig Geld zu haben. Leute mit tiefen Einkommen, vielen Nebenjobs und brüchiger Laufbahn erhalten aus der zweiten Säule oft nur kleine Renten. Wie schön wäre es da, wenn noch irgendwo ein Konto zum Vorschein käme?

Grosse Versprechen für wenig Leistung

Mit dieser Hoffnung spielen nicht nur Betrüger. Sondern auch Firmen, die sich tatsächlich auf die Suche nach Freizügigkeitsgeldern spezialisiert haben – mit umstrittenen Methoden. Meist handelt es sich dabei um kleinere Büros und Finanz-Startups. «Finden Sie Ihr Geld aus der zweiten Säule wieder» oder «Guthaben zurückgewinnen» – mit solchen Versprechungen bieten die Firmen an, die Suche nach den Konten zu übernehmen, und zwar gratis.

Dabei tun die Firmen nichts anderes, als die Anfrage ihrer Kunden an den Sicherheitsfonds weiterzuleiten. Dieser verfügt über ein zentrales Register mit allen Freizügigkeitskonten der Schweiz. Eigentlich könnten Privatpersonen dort

direkt nachfragen – und zwar ebenfalls gratis. Doch nicht jeder kennt dieses Angebot.

Wird Geld gefunden, empfehlen die Firmen den Kunden, dieses auf rentableren Konten anzulegen, um die Vorsorge aufzubessern. Meist arbeiten sie dafür mit Partnerbanken zusammen, bei welchen sie dann Provisionen kassieren. Für die Kunden kann das teuer werden, vor allem wenn mehrere Konten gefunden werden.

Das Geschäftsmodell ist legal, doch in der Branche und bei den Behörden wächst der Unmut darüber. Unter anderem, weil die Kunden den Firmen Vollmachten ausstellen müssen, damit diese nach ihren Konten suchen dürfen. Cinzia Corchia vom Sicherheitsfonds hat schon Vollmachten gesehen, bei denen sich Dienstleister die Erlaubnis geben lassen, das gefundene Geld danach direkt auf ein neues Freizügigkeitskonto zu überweisen. «Bei uns haben sich schon Personen gemeldet, die diese Vollmachten ausgefüllt und es einen Tag später bereut haben.»

Fachleute sehen diese Praxis auch deshalb kritisch, weil es Fälle gibt, in denen solche Transfers illegal sind. Wer erwerbstätig und einer Pensionskasse angeschlossen ist, ist verpflichtet, das Geld der aktuellen Pensionskasse zu überweisen. «Wir bezweifeln, dass die Dienstleister dies immer beachten und die Kunden entsprechend aufklären», sagt Corchia. Sie betont, dass es nichts gegen Dienstleister einzuwenden gebe, die bei der Suche nach Geldern helfen. «Das Problem ist, dass sie in der Regel mit Transfers von Freizügigkeitsguthaben Provisionen verdienen wollen.»

Diego Rohner ist einer der Erfinder des Geschäfts mit vergessenen Freizügigkeitsgeldern.

Für sein Unternehmen Kala hat er eine App entwickelt, welche die Suchaufträge der Kunden direkt an den Sicherheitsfonds übermittelt. «So nehmen wir den Leuten den Papierkram ab», sagt er. Gemäss eigenen Angaben hat Kala über 80 000 Kunden betreut. «Das zeigt, dass unsere Dienstleistung legitim ist und geschätzt wird.»

Bund will Pensionskassen in die Pflicht nehmen

Kala verlangt eine Provision von 3 Prozent für den Fall, dass das Freizügigkeitsgeld zu einer Partnerbank überwiesen wird. Doch Rohner sagt, nur jeder siebte Kunde würde sich dafür entscheiden. «Wir drängen niemanden und weisen auf die rechtlichen Pflichten hin.» Den Hauptteil seiner Einnahmen erzielt Kala laut Rohner mit dem Verkauf der App an andere Finanzdienstleister.

Nur: Rohner muss sein Geschäftsmodell wohl bald überdenken. Denn der Bundesrat will die Pensionskassen dazu verpflichten, bei jedem neuen Versicherten abzuklären, ob er Freizügigkeitsleistungen mitbringt. Der Bund hofft, dass es damit künftig weniger vergessene Guthaben geben wird.

Denn auch in der Verwaltung stossen die Dienstleister rund um Freizügigkeitsgelder auf Skepsis. Das Bundesamt für Sozialversicherungen schreibt, es beurteile entsprechende Geschäftspraktiken als «kritisch», da kostenpflichtige Dienstleistungen angeboten würden «für etwas, was die Versicherten grundsätzlich selbst und kostenlos erledigen könnten».